

JAN STANKOVSKY

Der österreichische Osthandel:  
Rückblick und Perspektiven

JAN STANKOVSKY

Der österreichische Osthandel:  
Rückblick und Perspektiven

Vortrag vor der Vereinigung Österreichischer  
Industrieller in Wien am 25. Februar 1992

WIFO-Vorträge, 1992, (52)

JAN STANKOVSKY

## Der österreichische Osthandel: Rückblick und Perspektiven

### 1. Der Umbruch in Europa

Zwei Entwicklungen stehen gegenwärtig im Mittelpunkt des Interesses der Unternehmen, der Wirtschaftspolitik und der Öffentlichkeit: die Vertiefung und Weiterführung der europäischen Integration sowie der Umbruch im Osten. Bei keinem dieser Ereignisse ist Österreich unmittelbar ein Akteur, doch sind wir durch sie in hohem Maße betroffen. Die Änderungen in West- und Osteuropa bedeuten für ganz Österreich eine große Herausforderung. Sie bieten vor allem Chancen, die allerdings auch wahrgenommen werden müssen. Wir dürfen auch die Risiken nicht übersehen.

Auf die Situation in *Westeuropa* hat Österreich im Jahr 1989 mit dem Antrag auf EG-Beitritt reagiert. Der weitere Gang der Ereignisse hat die Richtigkeit dieser Entscheidung bekräftigt. Der EWR – so er zustande kommt – wird eine nützliche, keineswegs aber eine wichtige Etappe der europäischen Integration sein.

Der Aufbruch in Westeuropa ist ein eindrucksvoller Versuch des alten Kontinents, eine Antwort auf die Herausforderung durch die neuen und alten Industrienationen in Übersee zu finden. Ein Erfolg der Transformation Osteuropas von der Plan- zur Marktwirtschaft würde die Chancen Europas, im globalen Wettbewerb zu bestehen, wesentlich verbessern, ein Mißerfolg wäre eine schwere Hypothek.

Im heutigen Vortrag werde ich mich mit dem – noch – anderen Teil Europas, dem *Osten*, befassen. Unsere Beziehungen zum Osten sehe ich dabei nicht als eine Alternative, sondern als eine zusätzliche Dimension der europäischen Integration. Der erste Teil des Beitrags ist dem Abschied vom "alten" Osthandel, der zweite einer kritischen Einschätzung des "neuen" Osthandels gewidmet.

### 2. Der alte Osthandel

Bei einem Nachruf neigt man meistens dazu, die Vorteile und Leistungen des Verblichenen in den Vordergrund zu stellen und dessen Schwächen zu vergessen. Ich bin mir sicher, daß heute viele Unternehmer, Manager, Banker und Wirtschaftspolitiker mit Nostalgie an die guten alten planwirtschaftlichen

Zeiten im Osten zurückdenken. Auch damals hat es natürlich Probleme gegeben, man wußte aber genau, was und wie man mit wem etwas zu klären hatte; auf die gegebenen Versprechen konnte man sich zumeist verlassen.

Ob man den alten Osthandel als "gut" oder "schlecht" beurteilt, ist natürlich in hohem Maße relativ und hängt von der Perspektive ab. Für Exporteure ist es einfach, einige wenige Geschäftspartner zu betreuen, insbesondere natürlich dann, wenn man eine Vertrauensbasis aufgebaut hat. Für die Politiker war es zweifellos ein wichtiges Erfolgserlebnis, wenn sie nach dem Besuch einer Ostmetropole stolz auf die gesicherten Aufträge und Arbeitsplätze hinweisen konnten. (Ob die Besuchsdiplomatie tatsächlich zur Auftragsbeschaffung beigetragen hat, ist eine interessante, heute aber nur für die Wirtschaftshistoriker relevante Frage.)

Der Ostexport hatte für Österreich in der Vergangenheit zweifellos eine erhebliche Bedeutung. Im Jahr 1960 entfielen auf Exporte in die Oststaaten (mit Jugoslawien, ohne DDR) 15,4%, 1975 (im besten Ostexportjahr) sogar 20% der Gesamtexporte (einschließlich der DDR erhöht sich der Exportanteil des Ostens um etwa 1,5 Prozentpunkte). Für einige Wirtschaftszweige bzw. Unternehmen hatte der Osten eine noch viel größere, zum Teil sogar dominierende Bedeutung. Dies gilt insbesondere für Stahl, Werften, wichtige Teile der Chemie sowie des Anlagen-, Maschinen- und Fahrzeugbaus. Die Verstaatlichte Industrie partizipierte überdurchschnittlich am österreichischen Ostexport. Anfang der achtziger Jahre waren Unternehmen der ÖIAG mit 23% am österreichischen Gesamtexport, aber mit 43% am Ostexport und mit 52% am Export in die UdSSR beteiligt (WIFO-Monatsberichte, 1984, 57(6)). Aber auch für die private Wirtschaft war der Osten oft ein wichtiger Markt: Von den vielen Beispielen möchte ich nur auf die Bauwirtschaft und auf die Landwirtschaft hinweisen.

Der Anteil des Ostens an der Gesamtausfuhr war in Österreich zwei- bis dreimal so groß wie im europäischen Durchschnitt. Diese Aussage muß man freilich relativieren. Die geographische Distanz ist auch heute noch ein wichtiger Bestimmungsfaktor der Intensität der Wirtschaftsbeziehungen. Die Nachbarschaft planwirtschaftlich organisierter Länder, die zwar im Prinzip nicht außenhandelsfeindlich, aber stark "introvertiert" waren, brachte Österreich erhebliche Nachteile.

Das WIFO diagnostizierte im Jahre 1988 in der Strukturberichterstattung in Österreich eine "Exportlücke" – einen im Verhältnis zu anderen vergleichbaren Ländern zu geringen Anteil der Ausfuhr am Sozialprodukt. Diese Lücke wurde vor allem auf den unterentwickelten Außenhandel mit den Oststaaten zurückgeführt. Ich möchte dies mit zwei einfachen Vergleichen illustrieren. Im Jahre 1989 entfielen 10% der österreichischen Exporte auf die Oststaaten, 1929 waren es aber 42,5%, im Jahre 1937 33,4% gewesen. Besonders intensiv war in der Vergangenheit die Handelsverflechtung mit der CSR bzw. CSFR (Exportanteile 1929 13,5%, 1989 nur 1,2%) und mit Ungarn (7,5% bzw. 2,0%). Das zweite Beispiel: Im Jahre 1989 importierte die Schweiz pro Einwohner sechsmal so viel wie Ungarn aus Österreich und 15mal soviel wie die Tschechoslowakei.

Die starke Stellung Österreichs im Osten kann anschaulich mit Hilfe des Marktanteils (Anteil Österreichs am Export der Industriestaaten) dargestellt werden. Während Österreich am Weltexport der Industriestaaten Mitte der achtziger Jahre einen Marktanteil von 1,4% und in der EG von 2% hatte, betrug unser Marktanteil im Osten fast 5,5%, nach Osteuropa (ohne UdSSR) sogar über 8%. In den Nachbarländern Ungarn und CSFR (sowie auch in Slowenien) erreichte der österreichische Marktanteil sogar 10% bis 15%.

Seit Mitte der siebziger Jahre erlebte der Ostexport – jedenfalls mit relativen Zahlen gemessen – eine Talfahrt. Sein Anteil am Gesamtexport schrumpfte von 20% 1975 auf weniger als 10% 1989. Die wichtigste Ursache dieser Entwicklung war die Schwäche der östlichen Märkte. Aus heutiger Sicht begann der wirtschaftliche Niedergang dieser Region bereits Mitte der siebziger Jahre. Nicht zutreffend wäre hingegen der Vorwurf, daß Österreich wegen der wachsenden Attraktivität der EG-Märkte nach Abschluß der Freihandelsverträge (1972/73) den Osten vernachlässigt hätte. Ganz im Gegenteil, unser Marktanteil im Osten stieg deutlich, von 5,1% 1975 auf 5,6% 1989.

Was war die Grundlage der starken Stellung Österreichs im Osten? Zu den wichtigsten Elementen gehören zweifellos die geographische Nähe sowie ein Konglomerat persönlicher Faktoren, das ich mit dem Begriff "kulturelle Nähe" zusammenfassen möchte. Dies hat es uns ermöglicht, die Schwächen des alten planwirtschaftlichen Systems besser als die Konkurrenz auszunützen.

Für die Wettbewerbserfolge im Osten gab es auch andere Gründe. Ich persönlich glaube nicht daran, daß uns die Neutralität viel genützt hat. Sie wirkte sich höchstens in dem Sinn aus, daß Österreich den Osthandel bereits zu einer Zeit pflegte, in welcher dieser Handel noch wenig beachtet (zum Teil stark reglementiert) wurde. Das hat uns einen zeitlichen Vorsprung gegeben. Die intensive Besuchsdiplomatie hat möglicherweise bei einigen Prestigeprojekten geholfen. Die bereits erwähnte starke Stellung der Verstaatlichten Industrie im Osten würde ich nicht auf eine "ideologische Verwandtschaft" zurückführen, sondern auf die Angebotspalette (Investitionsgüter), Größenstruktur sowie den Einsatz von Förderungsmitteln.

Die intensive finanzielle Förderung hat zweifellos maßgeblich zum Erfolg im Ostexport, jedenfalls in einigen Ländern, beigetragen. Dies trifft für Polen in den siebziger Jahren, für die DDR, für die Sowjetunion, zeitweise für die CSFR, nur zum Teil hingegen für Ungarn (Exportkredit für die Bauwirtschaft) zu. Heute ist die aus dieser Finanzierung resultierende "Ostverschuldung" die größte Hypothek für den Aufbau des neuen Osthandels. Die ganze Problematik charakterisiert treffend die Überschrift über einen Beitrag über die Ostverschuldung: "Wir haben es nicht, die haben es aber auch nicht."

Vielleicht ist es nützlich, dieses Problem mit einigen Zahlen zu illustrieren. Aus Gründen, die ich nicht nachzuvollziehen vermag, wird in Österreich über die Ostverschuldung keine offizielle Statistik veröf-

fentlicht<sup>1)</sup>). Man ist daher auf Zeitungsberichte und Schätzungen angewiesen. In einer Studie für die Oesterreichische Kontrollbank<sup>2)</sup> schätzte das WIFO die Gesamtverschuldung der Oststaaten Ende 1990 auf etwa 163 Mrd. S<sup>3)</sup>. Von diesem Betrag entfielen auf die Krisenländer UdSSR und Polen jeweils etwa 50 Mrd. S, auf Bulgarien 14 Mrd. S, auf Jugoslawien 8 Mrd. S. Die (nicht gefährdeten) Forderungen gegenüber Ungarn machten 23 Mrd. S, gegenüber der CSFR knapp 15 Mrd. S aus. Bis Ende 1991 dürfte das Obligo der (früheren) UdSSR auf etwa 60 Mrd. S gestiegen sein, in den anderen Ländern haben sich wahrscheinlich keine größeren Änderungen ergeben. Nach WIFO-Berechnungen ist der Anteil Österreichs an den Ostkrediten des Westens – vor allem an den garantierten Bankkrediten – wesentlich größer als der Anteil an den Ostexporten.

Es ist einfach, aus heutiger Sicht das finanzielle Engagement Österreichs im Osten zu verurteilen. Ich möchte versuchen, hier etwas differenzierter vorzugehen. Die Förderung des Ostexports war in den wirtschaftlich schwierigen siebziger Jahren zum Teil noch Anfang der achtziger Jahre ein wesentliches Element der österreichischen Wirtschaftspolitik, welche damals die Erhaltung der bestehenden Arbeitsplätze in den Vordergrund stellte. Der "Austro-Keynesianismus", der seinerzeit von allen politischen Kräften und Institutionen unterstützt wurde, versuchte, dem Ausfall der Nachfrage (z. B. bei Terms-of-Trade-Verlusten nach einem Erdölpreisschock) durch Budgetdefizite und eben durch intensive Exportförderung entgegenzusteuern. Diese Politik war nicht ganz erfolglos, nicht zuletzt deshalb, weil die Unternehmen eine Nachfragestabilisierung erwarteten und deshalb auch viel investierten. Im internationalen Vergleich konnte Österreich einen durchaus beachtlichen Wachstumsvorsprung erreichen. Eine solche Politik mußte durch wachsende Budgetdefizite bezahlt werden. Ihr größter Nachteil war aber der nur geringe Zwang zur Strukturanpassung.

In der Verstaatlichten Industrie allein kostete die verspätete Strukturanpassung 60 bis 80 Mrd. S. Der (schmerzhaft und hoffentlich erfolgreiche) Umbau der Verstaatlichten Industrie ist uns dennoch nicht erspart geblieben. Man kann durchaus mit Recht behaupten, daß die gegenwärtige Budgetbelastung für das Polenobligo der Preis für die Beschäftigungspolitik in den siebziger Jahren ist, deren Nutznießer damals nicht nur die Verstaatlichte Industrie war.

Aus heutiger Sicht muß man zweifellos das große finanzielle Engagement Österreichs in Polen als einen Fehler bezeichnen (der eben durch die damalige Beschäftigungspolitik erklärt werden kann), da Öster-

---

1) In Deutschland werden alle Forderungen und Verpflichtungen von der Deutschen Bundesbank monatlich im Detail publiziert.

2) Handler, H., Kramer, H., Stankovsky, J. Debt, Capital Requirement and Financing of the Eastern Countries, Studie des WIFO, Wien, 1992.

3) In diesem Betrag sind Forderungen in der Höhe von 30 Mrd. S an die frühere DDR, um die wir uns keine Sorgen mehr zu machen brauchen, nicht enthalten.

reich diesem Land Exportgarantien noch zu einem Zeitpunkt gewährte, zu welchem die Konkurrenz schon größtenteils vorsichtiger war. Die Theorie der "unsinkbaren Staatsschiffe" und die "Regenschirmtheorie" wurden übrigens nicht im Osten, sondern im Westen erfunden.

Daß Erfahrungen vor neuen Fehlern nicht schützen, zeigt das Beispiel Bulgariens, das im Frühjahr 1990 zahlungsunfähig geworden ist. Österreich zählt zu den großen Kreditgebern dieses Landes. Hier besteht freilich ein grundsätzlicher Unterschied zu Polen, indem der Großteil der österreichischen Forderungen unbesicherte Kredite von Banken sind. (Nur am Rande wäre zu erwähnen, daß auch für diese Kredite, infolge geringerer Steuerleistungen der Banken nach Wertberichtigungen, letztlich der Steuerzahler die Hälfte des Schadens trägt.)

Anders als Polen ist die Situation in der früheren UdSSR zu beurteilen. An der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und am Reichtum gemessen, ist die Auslandsverschuldung dieses Landes gering. Den Untergang des einstigen Riesenreiches hat kaum jemand vorhergesehen. Bei einigermaßen funktionierenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen sollte es für Rußland und die anderen Nachfolgestaaten möglich sein, nach einigen Jahren den Schuldendienst (samt Verzugszinsen) wieder aufzunehmen. Freilich, wie sich die Lage in diesem Teil der Welt entwickeln wird, vermag niemand vorauszusehen.

Lassen Sie mich das Kapitel "alter Osthandel" mit dem Versuch einer *Bestandsaufnahme der Altlasten* abschließen. Die Abschreibung von insgesamt 50% des Barwertes der staatlich garantierten Schulden Polens wird das österreichische Budget in den nächsten 15 Jahren mit 2,8 Mrd. S jährlich belasten. Im Falle der Sowjetunion wird man die Probleme sicher einige Zeit vor sich herschieben (in bezug auf Polen waren es zehn Jahre). Das endgültige Ergebnis kann man zwischen Null und etwa 5 bis 6 Mrd. S jährlich ansetzen (wenn man sich am Polenmodell orientiert und den schlechtesten Fall eines Totalverzichtes unterstellt). In bezug auf Jugoslawien muß damit gerechnet werden, daß der auf den "serbischen Block" entfallende Teil der Forderungen (rund 60%) abzuschreiben sein wird: bei garantierten Forderungen gegenüber Jugoslawien von insgesamt 7 Mrd. S somit etwa 4 Mrd. S. Das garantierte Bulgarien-Obligo macht nur 3,5 Mrd. S aus. Für Jugoslawien und Bulgarien dürfte die künftige Budgetbelastung auch im schlimmsten Fall unter 1 Mrd. S bleiben. Unter dem Strich summieren sich im günstigsten Fall 3 Mrd. S, im schlechtesten Fall 10 Mrd. S jährlich. Der Ordnung halber sollte man der Endabrechnung des alten Osthandels auch die unausweichlichen Beiträge zur Verbesserung der Umweltsituation in Osteuropa hinzuzählen.

### **3. Der neue Osthandel**

Der Umbruch in Osteuropa hat die wirtschaftliche und politische Umwelt Österreichs in einem so großen Ausmaß geändert, daß die Konsequenzen im Augenblick noch nicht eingeschätzt werden können.

### 3.1 *Der Umbruch im Osten*

Wie schnell sich die neue Lage im Osten positiv auf Österreich auswirken wird, hängt in erster Linie vom Erfolg dieser Länder ab, eine funktionierende Marktwirtschaft aufzubauen. Nach der ersten postrevolutionären Euphorie ist heute ein Skeptizismus in Mode gekommen, der einen sehr langen und sehr schmerzhaften Weg Osteuropas zur Sanierung prophezeit. Ich persönlich ziehe eine etwas differenziertere Bewertung vor: In bezug auf Ost-Mitteuropa (Ungarn, CSFR und Polen) bin ich optimistisch. In diesen Ländern könnte ein Wirtschaftswachstum, ein "take off", bereits 1993 einsetzen. Gute Chancen haben Slowenien und (nach dem Ende des Kriegs) auch Kroatien. Es fällt auf, daß dies durchwegs Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie sind; es würde zu weit führen, auf dieses reizvolle Thema näher einzugehen. Was hingegen Südosteuropa (Bulgarien, Rumänien, Rest-Jugoslawien) sowie insbesondere die ehemalige UdSSR anbelangt, so fällt mir – trotz besten Willens – eine positive Einschätzung schwer.

Nachdem die Chancen für eine radikale Reform der ganzen Sowjetunion in den ersten Jahren der Gorbatschow-Ära versäumt worden waren, blieb die Regionalisierung als der einzig gangbare politische Ausweg. Die Auflösung der Sowjetunion wird aber große wirtschaftliche Verluste zur Folge haben (die negativen Auswirkungen werden viel größer sein als jene des Zusammenbruches des COMECON-Handels für Osteuropa), die großen Reibungsverluste des Übergangs von einer Plan- zur Marktwirtschaft werden sich dadurch noch verschärfen. Es fehlt mir die Phantasie für die Vorstellung, welche Konsequenzen ein totaler Zusammenbruch der sozialen Ordnung auf dem Gebiet der heutigen Sowjetunion haben könnte.

Zurück zu dem weniger problematischen – und für uns glücklicherweise wichtigeren – Teil des Ostens, zu Ost-Mitteuropa. Der starke Produktionsrückgang in diesen Ländern ist eine unausweichliche Begleiterscheinung der Systemtransformation. Ein Drittel bis zur Hälfte des Rückgangs wurde übrigens durch den Zusammenbruch des COMECON-Handels (insbesondere der Exporte in die Sowjetunion) verursacht. Nicht anschließen kann ich mich der Kritik an einem angeblich zu schnellen Übergang zur Marktwirtschaft in Polen und in der CSFR. Die Entwicklung in Ungarn zeigt, daß auch bei einem "Gradualismus" Produktionsrückschläge nicht zu vermeiden sind.

An einigen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik in Osteuropa kann man sicher – insbesondere im nachhinein – Kritik üben. Wahrscheinlich hat man in Polen zu stark abgewertet und die Zinsen im falschen Augenblick erhöht. Es ist verständlich, daß die "Solidarnosc" dem Personalabbau in den Betrieben Widerstand leistet, was die Privatisierung erschwert. Insgesamt halte ich aber das Reformkonzept aller drei Länder für richtig und erfolgversprechend. Zwischen den drei Ländern gibt es natürlich Unterschiede, die sich auch auf die Reformprozesse spürbar auswirken. In Polen ließ die alte Regierung eine besonders große Zerrüttung zurück (Auslandsverschuldung, Hyperinflation, explodierende Budgetdefizite), die Kurskorrektur mußte deshalb sehr radikal sein. Ungarn ist im Reformprozeß am weitesten-



fortgeschritten, die Auslandsverschuldung (Zinsendienst allein 4% bis 5% des Brutto-Inlandsproduktes) erweist sich aber als eine schwere Bürde. Die CSFR ist ein Spätstarter der Reform, die wirtschaftliche Stabilisierung hat dort aber viel weniger Opfer als in Polen verlangt. Auch die Auslandsverschuldung ist relativ gering. Die Reformergebnisse sind bisher überwiegend positiv. Das größte Risiko der CSFR besteht im Nationalitätenkonflikt, welcher zeitweise die Legislative beeinträchtigt, sowie in der relativ starken Opposition von links und rechts, die nach der Wahl Mitte 1992 die Weiterführung der Reform erschweren könnte.

Einige Worte zur *Privatisierung* in Osteuropa: Bisher waren die Ergebnisse in keinem Land überzeugend. Dies ist meines Erachtens vor allem "technisch" begründet: Es fehlen Erfahrungen und Fachleute. Die Situation in Ostdeutschland zeigt deutlich, wie schwierig der Privatisierungsprozeß ist.

Für den Reformersfolg in Osteuropa wird der Zustrom von *Auslandskapital* eine maßgebliche Voraussetzung sein. Bisher waren ausländische Investoren wegen der oft noch ungeklärten Bestimmungen zurückhaltend. Allmählich scheint sich aber der Investitionsstrom nach Osteuropa zu verstärken. In Ungarn erreichten die ausländischen Direktinvestitionen im Jahr 1991 1,5 Mrd. \$, in der CSFR 0,6 Mrd. \$. Nach einer Statistik des deutschen Wirtschaftsministeriums war im 1. Halbjahr 1991 die CSFR das sechstwichtigste Zielland deutscher Investoren (nur knapp hinter Spanien) und das zweitgrößte Zielland außerhalb der EG.

### 3.2 *Auswirkungen auf Österreich*

Für Österreich bringt der Umbruch im Osten vor allem Chancen. Grundsätzlich positiv ist die Änderung der geopolitischen Lage zu bewerten: Österreich rückt aus einer geographischen Randlage in die Mitte eines sich neu formierenden Kontinents.

Die Liberalisierung im Osten brachte Österreich eine kräftige Exportexpansion. Im Jahr 1990 nahmen die Exporte in die Oststaaten um fast 15%, nach Ost-Mitteuropa um 24% zu, im Jahr 1991 um 9% bzw. 33%. Diese hohen Raten sollten aber nicht überbewertet und vor allem nicht ohne weiteres in die Zukunft projiziert werden. Ein großer Teil des Exportzuwachses war bisher auf Marktanteilsgewinne zurückzuführen: In Zeiten des Umbruchs spielen offenbar die guten persönlichen Beziehungen eine besonders große Rolle. Kurzfristig sind Rückschläge im Ostexport nicht auszuschließen.

Anhaltende Wachstumsimpulse aufgrund des Exports nach Osteuropa kann Österreich erst dann erwarten, wenn in den Ländern dieser Region international wettbewerbsfähige Unternehmen entstehen. Der Spielraum für eine Exportausweitung ist beachtlich: Wenn man davon ausgeht, daß in Zukunft die Pro-Kopf-Exporte nach Ungarn und in die CSFR nur ein Drittel der bestehenden Pro-Kopf-Ausfuhr in die Schweiz ausmachen sollten, müßte sich der Exportanteil Ungarns auf 4% verdoppeln, der Exportanteil

der CSFR auf 6% verdreifachen. Ich halte diese Prozentsätze mittelfristig für realistisch, es wird aber nicht leicht sein, dieses Ziel zu erreichen.

Die Stärkung des Exportpotentials Osteuropas könnte durch eine großzügige *Marktöffnung* im Westen erleichtert werden. Im Gegensatz zu den Zusagen auf politischer Ebene ist in der Realität das Entgegenkommen viel geringer<sup>4)</sup>.

Österreich hat die Importe aus Osteuropa bereits in den siebziger Jahren weitaus stärker als die meisten westlichen Industriestaaten liberalisiert und spielte auch eine Pionierrolle bei der Einbeziehung Ost-Mitteuropas in das Allgemeine Präferenzsystem. Die noch bestehenden Teile des österreichischen Vidierungsverfahrens sind angesichts der Beseitigung des planwirtschaftlichen Systems in Osteuropa nicht mehr zu rechtfertigen<sup>5)</sup>. Die österreichische Wirtschaft hat in einigen Bereichen Bedenken gegen eine allzu großzügige Öffnung des Marktes für Produkte aus Osteuropa. Die Erfahrungen aus der Marktöffnung gegenüber der EG Mitte der siebziger Jahre, die damals ebenfalls auf Bedenken stieß, zeigen aber, daß diese Sorgen größtenteils unbegründet sind. Eventuelle marktstörende Importe aus Osteuropa sollten nicht durch Importbarrieren, sondern durch Anti-Dumping-Maßnahmen abgewehrt werden.

Im Dezember 1991 wurden in Brüssel die "Europa-Verträge" paraphiert, mit welchen zwischen der EG und Ungarn, der CSFR und Polen der Freihandel für Industriewaren geschaffen wird. Vorgesehen ist ein asymmetrischer (die drei Oststaaten begünstigender) Zollabbau. Auch zwischen der EFTA und den drei Oststaaten sollen bis Mitte 1992 Freihandelsverträge ausgehandelt werden. Es wäre wünschenswert, in dieses Präferenzsystem so bald wie möglich auch Slowenien und Kroatien einzubeziehen.

Nach dem Übergang Osteuropas zur Marktwirtschaft wird ein Teil der Faktoren, die bisher unsere starke Stellung in dieser Region mitbestimmt haben, verloren gehen. Österreich hat zwar weiterhin *Chancen*, in Osteuropa eine führende Rolle zu spielen, doch müssen dafür neue Grundlagen geschaffen werden. Ich möchte diesbezüglich zwei Faktoren in den Vordergrund stellen:

- 
- 4) Ich möchte in diesem Zusammenhang aus dem Economist zitieren: "Yet the Community's generosity seems to vanish when talks turn to the industries in which the East Europeans could be most competitive, such as textiles and farming ... Instead of opening itself wide to the brave new capitalists from the East, the EC is busy protecting Spanish clothes makers, Irish beef farmers and Scottish raspberry growers. This is crazy. Opening up to the East is not charity; it is in the West's interest" (The Economist, 3. August 1991). Große Schäden hat die vorübergehende Weigerung Frankreichs verursacht, die Fleischkontingente für Osteuropa um 100 t aufzustocken.
  - 5) Einen Rückschritt, der ein Fremdkörper in dem ansonst liberalen österreichischen Importregime ist, brachte die Einführung von Importkontingenten für Zement mit dem 1. September 1991. Wenn die Zeitungsberichte stimmen, sind die Einschränkungen der Fahrzeuganhänger-Importe noch weniger verständlich. Auch im Handel mit landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukten wären Liberalisierungsmaßnahmen möglich und sinnvoll.

- Die größte Bedeutung wird *Direktinvestitionen* in Osteuropa zukommen. Mit Betriebsbeteiligungen und Neugründungen kann der Absatz österreichischer Produkte im Osten gesichert und darüber hinaus auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden. Nach den verfügbaren Statistiken machen österreichische Unternehmen von dieser Möglichkeit intensiv Gebrauch. Österreich ist in der CSFR und in Ungarn an jeweils einem Viertel aller Joint Ventures beteiligt und gemessen an der Zahl der Projekte für diese Länder der größte bzw. zweitgrößte westliche Investor. Der Ost-West-Fonds der Finanzierungs- und Garantiesellschaft (bzw. für kleine Projekte die Bürges) stellen wirksame und innovative Instrumente zur Förderung von Joint Ventures in Osteuropa zur Verfügung.

Eine vor kurzem publizierte Statistik des tschechischen Industrieministeriums läßt mich allerdings zweifeln, ob wir im Osten wirklich so gut dastehen, wie wir es bisher meinten. Nach dieser Quelle (sie enthält nicht Projekte im Bereich von Dienstleistungen und Energie) war Österreich am ausländischen Kapital der bis zum 30. September 1991 realisierten Projekte nur mit 0,3% beteiligt (auch ohne das Großprojekt Skoda–Volkswagen ist der österreichische Kapitalanteil mit 1,1% nicht viel größer).

- Mit *technischer Hilfe* im Bereich der Schulung und Ausbildung werden nicht nur die besonders schmerzhaften Qualifikationslücken in Osteuropa geschlossen (hier geht es insbesondere um die Ausbildung von Bankbeamten, Kalkulanten, Controllern, Steuerbeamten usw.), sondern auch eine wichtige "Österreich-Lobby" in diesen Ländern geschaffen. Die Leistungen Österreichs auf diesem Gebiet waren bisher beachtlich, doch läßt sich in letzter Zeit feststellen, daß wir im Vergleich zu anderen Ländern immer mehr ins Hintertreffen geraten.

Der Umbruch in Osteuropa bringt auch einige *Risiken* und Probleme, auf die ich kurz eingehen möchte:

Zu einem ernsten Problem wird zweifellos die Frage des *Transports* werden. Mit der Intensivierung des Außenhandels wird zwar das Transportvolumen nicht notwendigerweise anwachsen, da in beiden Richtungen weniger (transportintensive) Roh- und Brennstoffe sowie Vorprodukte und mehr Fertigwaren geliefert werden. Zunehmen wird allerdings jedenfalls der Bedarf nach einem schnellen Transport, für den heute großteils nur der Lkw in Frage kommt. Dies gilt sowohl für den bilateralen Verkehr als auch für den Transit. Längerfristig wird man dies nicht so lösen können, daß Frächter aus der CSFR weniger Transportlizenzen erhalten als z. B. jene aus Griechenland. Auch der Pkw-Verkehr wird sich verdichten. Ich muß gestehen, daß ich für dieses Problem keine Lösung weiß.

Österreich wird weiterhin *Arbeitskräfte* aus dem Osten anziehen, was eine Zunahme von sozialen Spannungen zur Folge haben könnte. Das wirtschaftliche Entwicklungsniveau (Brutto-Inlandsprodukt pro Kopf) in der CSFR und Ungarn macht heute nur etwa ein Drittel jenes von Österreich aus.

Wenn nur der absolute Abstand gegenüber Österreich nicht vergrößert werden soll, müssen diese Länder ein dreimal so hohes reales Wirtschaftswachstums wie Österreich erreichen (d. h. z. B. 3% in Österreich und +9% in Ungarn). Ein Aufholen wird noch größere Wachstumsraten erfordern.

#### 4. Ausblick

Anfangs wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Beziehungen Österreichs zu Osteuropa keineswegs als eine Alternative zur EG gesehen werden dürfen, sie sind vielmehr nur auf der Grundlage einer vollen Teilnahme Österreichs am europäischen Integrationsprozeß denkbar. Alle Oststaaten streben ein nahes Verhältnis zur Gemeinschaft an. Für Ungarn, die CSFR und Polen ist die Perspektive einer EG-Mitgliedschaft innerhalb einer Frist von 10 Jahren nicht unrealistisch. Österreich kann seine besondere Rolle in Osteuropa, die auch im Avis der EG-Kommission mit Nachdruck bestätigt worden ist, nur als ein Teil der Gemeinschaft behalten.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß innerhalb der EG – als Folge des Abbaus von Grenzbarrieren – neue, grenzüberschreitende *Regionen* entstehen, die sich oft zu Wachstumspolen entwickeln. Eine "mitteleuropäische Region" innerhalb der EG könnte sich zu einem besonders dynamischen Teil des großen Europa entwickeln. Diese Region könnte Ost- und Südösterreich, südschechische und mährische Gebiete, das Ballungsgebiet von Preßburg, ungarische Gebiete bis nach Budapest sowie auch Slowenien umfassen. In einem weiten Rahmen könnten die oben nicht genannten tschechoslowakischen und ungarischen Gebiete sowie Polen (vor allem die südlichen Regionen, die eine historische Verbindung zu Österreich aufweisen) teilnehmen.

Die zunehmende Bedeutung regionaler Zusammenarbeit mit der Wirtschaft in Ost-Mitteuropa wird die nachhaltigsten Auswirkungen auf Wien haben, das Chancen hat, ein Sitz für multinationale Unternehmen, die in der Ostregion operieren, zu werden. Neben Wien könnten auch das Burgenland, Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten und die Steiermark von der regionalen Zusammenarbeit mit Ost-Mitteuropa profitieren.